



Niederschrift

Gremium			
Rat			16. Sitzung
Sitzungsort			Sitzungstag
Rathaus, Sitzungssaal, Hauptstraße 20, Marienheide			26.06.2012
Datum der Einladung	Einladungsnachtrag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende
19.06.2012		16:00 Uhr	20:00 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Töpfer, Uwe

Bürgermeister

Ratsmitglieder CDU

Coroly, Marc

CDU

Hettich, Michael

CDU

Hüttenmeister, Monika

CDU

Köster, Nadine

CDU

Kremer, Dieter

CDU

Ratsmitglieder SPD

Berges, Günter

SPD

Borner, Kurt

SPD

Fernholz, Wilfried

SPD

Kramer, Harald

SPD

Kühr, Rolf

SPD

Maurer, Holger

SPD

Meckel, Birgit

SPD

Vetter, Anke

SPD

Wottrich, Sven

SPD

Ratsmitglieder FDP

Heringer, Reimund

FDP

Körbel, Emmi

FDP

Rittel, Jürgen

FDP

Viebahn, Stefan Dr. agr.

FDP

Ratsmitglieder UWG

Kreßner, Manfred

UWG

Schellberg, Wolfgang

UWG

Türkmen, Mehmet

UWG

Ratsmitglieder fraktionslos

Sturm, Peter	fraktionslos
--------------	--------------

Ratsmitglieder WfM

Alefelder, Stephan	WfM
Fuchs, Timo	WfM
Liebig, Rolf	WfM
Meier, Hans Lothar	WfM
Schneider, Ulrich	WfM
Schneider, Wilfried	WfM

von der Verwaltung

Eggert, Hartwig
Himmeröder, Manfred
Hombitzer, Armin

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Er begrüßt weiter die Gäste und die Presse.

Öffentliche Sitzung:

1	Jahresabschluss des Wasserwerkes 2011	Drucksache Nr. BV/074/12
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: eine Gegenstimme						
I. Der Rat der Gemeinde Marienheide beschließt gemäß § 26 der EigVO vom 16.11.2004 den Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2011, der im Ergebnis wie folgt lautet: <table border="0"> <tr> <td>Erträge</td><td>1.657.740,72 €</td></tr> <tr> <td>Aufwendungen</td><td>1.543.740,79 €</td></tr> <tr> <td>Jahresgewinn:</td><td><u>113.999,93 €</u></td></tr> </table> Der Jahresgewinn von <u>113.999,93 €</u> soll wie folgt verwendet werden: 1. Abführung der Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 95.100,29 € an die Gemeinde Marienheide.		Erträge	1.657.740,72 €	Aufwendungen	1.543.740,79 €	Jahresgewinn:	<u>113.999,93 €</u>
Erträge	1.657.740,72 €						
Aufwendungen	1.543.740,79 €						
Jahresgewinn:	<u>113.999,93 €</u>						

2.	Zuführung zur Erneuerungsrücklage in Höhe von	328,03 €
3.	Vortrag auf neue Rechnung in Höhe von	<u>18.571,61 €</u>

II. Der Rat der Gemeinde Marienheide erteilt dem Betriebsausschuss Entlastung für das Geschäftsjahr 2011 gem. § 4c Eigenbetriebsverordnung NRW vom 16.11.2004.

2	Einwohneranträge	Drucksache Nr.
----------	-------------------------	----------------

2.1	Turnhalle Rodt; Einwohnerantrag nach § 25 Gemeindeordnung NRW (GO NRW)	Drucksache Nr. BV/081/12
------------	---	------------------------------------

BM Töpfer erläutert, dass der Einwohnerantrag als Tischvorlage vorgelegt wird, da bei dessen Eingang eine kurzfristige Bewertung nicht mehr möglich war.

Zunächst wird über die Zulässigkeit des Antrags gesprochen und wie unter Beschluss I aufgeführt, abgestimmt.

Herr Helmut Bastek als Vertreter der den Antrag unterzeichnenden Einwohner erhält das Wort. Er geht kurz auf die schriftliche Begründung ein und zeichnet noch weitere wichtige Punkte auf, die gegen eine Schließung der Turnhalle Rodt sprechen.

Er spricht die Einwohnerversammlung vom 20.06.2012 an, in der die Marienheider Bürger sich mehrheitlich gegen die vorgeschlagenen Kürzungen aus dem Stärkungspakt ausgesprochen haben und bittet den Rat, sich der Meinung der Bürger anzuschließen.

Der anschließenden lebhaften Diskussion lässt sich entnehmen, dass keiner gerne die Turnhalle Rodt schließen will.

BM Töpfer schlägt vor, den Beschluss über den Antrag zu verschieben. Wenn alle Beteiligten Klarheit darüber haben, welche Möglichkeiten der Verein hat, die Turnhalle zu übernehmen und in Eigenregie weiter zu führen, könne über den Antrag abgestimmt werden.

Herr Bastek lehnt das ab; er besteht auf einer sofortigen Entscheidung. Nur dann, wenn das Projekt nicht mehr im Sanierungsplan aufgeführt sei, wäre man in der Lage, in Ruhe nach Konzepten und Investoren zu suchen.

Abschließend wird festgehalten, dass die Gespräche zwischen dem TV Rodt-Müllenbach und der Gemeinde Marienheide weitergeführt und an Lösungsmöglichkeiten überlegt werden soll.

Der Rat beschließt über den Einwohnerantrag und lehnt ihn mehrheitlich ab, wie unter Beschluss II aufgeführt.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: Zu I: einstimmig Zu II: Ja 8 Nein 20 Enthaltungen 1
I. Der Rat der Gemeinde stellt gemäß § 25 Abs. 7 GO NRW fest, dass der am 18.06.2012 eingegangene Antrag zur Turnhalle Rodt, vertreten durch die Herren 1. Rolf Medgenberg, wohnhaft Schemmen 25 B, 2. Helmut Bastek, wohnhaft Vor den Kreuzbirken 17, 3. Carsten Daase, wohnhaft Stettiner Str. 14, zulässig ist. II. Es wird über den Antrag entschieden, dass die Turnhalle Rodt nicht geschlossen bzw. diese Position aus dem Sanierungsplan gestrichen werden soll.	

2.2	Stärkungspakt Stadtfinanzen; Einwohnerantrag nach § 25 Gemeindeordnung NRW (GO NRW)	Drucksache Nr. BV/082/12
------------	--	------------------------------------

BM Töpfer erläutert, dass der Einwohnerantrag als Tischvorlage vorgelegt wird, da bei dessen Eingang eine kurzfristige Bewertung nicht mehr möglich war.

Zunächst wird über die Zulässigkeit des Antrags gesprochen und wie unter Beschluss I aufgeführt, abgestimmt.

Herr Rainer Ansorge erläutert den Antrag kurz und betont, dass die Antragsteller vor allem nicht wollen, dass durch die vorgeschlagenen Kürzungen soziale Leistungen berührt werden. Des weiteren spricht er sich für eine moderate Erhöhung der Grundsteuer B aus.

Dem Antrag wird zustimmend entsprochen, wie unter Beschluss II aufgeführt.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: Zu I: Ja 22 Nein 5 Enthaltungen 2 Zu II: einstimmig
I. Der Rat der Gemeinde stellt gemäß § 25 Abs. 7 GO NRW fest, dass der am 18.06.2012 eingegangene Antrag zum Stärkungspakt Stadtfinanzen, vertreten durch 1. Rainer Ansorge, wohnhaft Flurstr. 6, 2. Stefan Gehrman, wohnhaft Krähenbergstr. 9 a, 3. Anke Bockelmann, wohnhaft Schemmer Str. 16, zulässig ist.	

II.

Es wird über den Antrag entschieden, ob die Erfüllung der Sparaufgaben durch den Stärkungspakt Stadtfinanzen für die Bürgerinnen und Bürger zu erheblichen Einschnitten in das soziale Gefüge der Gemeinde führt.

3	Sanierungsplan im Rahmen des Stärkungspaktgesetzes	Drucksache Nr. BV/058/12 /1
---	---	---

RM Wilfried Fernholz trägt die Stellungnahme der SPD-Fraktion vor. Der Text ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Danach eröffnet BM Töpfer **die Einwohnerfragestunde**.

Es ist Frau Michaela Köser anwesend. Sie handelt auch im Auftrag von mehreren Nachbarn. Frau Köser hat verschiedene Fragen bezüglich der 77. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes Nr. 87 „Kindergarten Landwehrstraße“. Hierzu liegt nachfolgend unter Punkt 6 eine Vorlage über einen Aufstellungsbeschluss vor.

Die Fragen liegen der Verwaltung schriftlich vor und werden von Herrn Hombitzer beantwortet.

Herr Jürgen Meyer hat auch noch eine Frage zu dem Thema, die von der Verwaltung beantwortet wird.

Es wird in der Tagesordnung Punkt 3 fortgefahren.

RM Marc Coroly trägt die Stellungnahme der CDU-Fraktion vor. Der Text ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Danach werden die einzelnen Punkte des Sanierungsplans besprochen. Zu jedem Punkt erfolgt eine gesonderte Abstimmung.

Einstimmige Beschlüsse gibt es zu folgenden Einzelmaßnahmen des Sanierungsplans:

1 – 5, 11 – 15, 17, 19 – 23.

Nummer 6:

BM Töpfer berichtet über die Beratungen im Schul- und Sportausschuss, der sich mit einer knappen Mehrheit gegen die Verbundschule ausgesprochen hatte. Vor der Ratssitzung wurde ihm eine Unterschriftenliste überreicht, deren Unterzeichner sich für die Zusammenlegung der Schulen aussprechen.

Im Laufe der Diskussion werden verschiedene Anträge gestellt.

RM Fernholz beantragt im Namen seiner Fraktion geheime Abstimmung. Daraufhin beantragt RM Coroly die namentliche Abstimmung. BM Töpfer verweist auf die Geschäftsordnung. Danach geht die geheime Abstimmung vor, wenn sie von mindestens 1/5 der Ratsmitglieder beantragt wird. Das ist hier der Fall.

RM Alefelder stellt den Antrag, dass über die Punkte Verbundschule und Einsparungen im Sanierungsplan gesondert abgestimmt wird.

BM Töpfer weist darauf hin, dass heute kein formaler Beschluss über die Errichtung einer Verbundschule gefasst werden kann. Dies kann erst nach den gesetzlich vorgeschriebenen offiziellen Beteiligungen geschehen.

Es folgt die geheime Abstimmung zu folgender Frage:

Soll am Grundschulstandort Leppestraße eine Verbundschule aus Katholischer und Gemeinschaftsgrundschule gebildet werden?

Nachdem BM Töpfer nachgefragt hat, ob der Beschlussvorschlag eindeutig ist, erhalten die Ratsmitglieder entsprechende Stimmzettel, auf denen Ja/Nein/Enthaltung angekreuzt werden kann.

Die Ratsmitglieder Köster und Maurer werden als Helfer benannt und nehmen die Auszählung vor.

Das Ergebnis ist wie folgt:

<u>Ja</u> -Stimmen	<u>15</u>
<u>Nein</u> -Stimmen	<u>14</u>
Enthaltungen	keine.

Daraus ergibt sich, dass die Mehrheit des Rates für die Verbundschule am Grundschulstandort Leppestraße ist. Nach Vorliegen der Ergebnisse der vorgeschriebenen Beteiligungen wird die Angelegenheit in der nächsten Ratssitzung zur formellen Beschlussfassung erneut vorgelegt.

Da dieser Beschluss dem Vorschlag im Sanierungsplan entspricht, erübrigt sich ein weiterer Beschluss hierzu.

Nummer 7:

Hier ist das Thema Schulschwimmen noch strittig.

Die Fraktionen schlagen wie folgt vor:

FDP, WfM, UWG und SPD	Grundschule	ja
	Gesamtschule	nein
CDU	Grundschule	ja
	Gesamtschule	ja

Es wird wie folgt abgestimmt:

Soll das Schulschwimmen komplett aufgegeben werden?

<u>Ja</u> -Stimmen	<u>1</u>
<u>Nein</u> -Stimmen	<u>27</u>
Enthaltungen	<u>1</u>

Soll das Schulschwimmen nur im Primarbereich weitergeführt werden?

<u>Ja</u> -Stimmen	<u>21</u>
<u>Nein</u> -Stimmen	<u>7</u>
Enthaltungen	<u>1</u>

Nummer 8:

RM Fernholz beantragt, die Schließung der Bücherei um ein Jahr bis zum 31.12.2013 zu verschieben.

Es wird wie folgt abgestimmt:

Soll die Bücherei zum 31.12.2012 geschlossen werden?

<u>Ja</u> -Stimmen	<u>4</u>
<u>Nein</u> -Stimmen	<u>22</u>
Enthaltungen	<u>3</u>

Soll die Bücherei zum 31.12.2013 geschlossen werden?

<u>Ja</u> -Stimmen	<u>19</u>
<u>Nein</u> -Stimmen	<u>10</u>
Enthaltungen	-

Nummer 9:

Nach kurzer Diskussion wird über die Frage abgestimmt, ob Hallenbenutzungsgebühren eingeführt werden sollen.

<u>Ja</u> -Stimmen	<u>18</u>
<u>Nein</u> -Stimmen	<u>9</u>
Enthaltungen	<u>1</u>

Nummer 10:

Über die Reduzierung der Straßenbeleuchtung lt. Sanierungsplan wird wie folgt abgestimmt:

<u>Ja</u> -Stimmen	<u>23</u>
<u>Nein</u> -Stimmen	<u>5</u>
Enthaltungen	-

Nummer 16:

Zur Diskussion stehen noch 3 Straßen aus der Liste „Abstufung von Gemeindestraßen zu Wirtschaftswegen“.

Hierzu beantragt RM Liebig getrennte Abstimmung für die Straße Teilstück bei Schulzenkamp.

Es wird wie folgt darüber abgestimmt, ob diese Straße herabgestuft werden soll:

<u>Ja</u> -Stimmen	<u>18</u>
<u>Nein</u> -Stimmen	<u>11</u>
Enthaltungen	-

Über die Straßen Dannenberg Querspange L 337 - Talbeckestraße und Holzzipper Richtung Straße, die noch im Sanierungsplan verbleiben sollen, wird wie folgt abgestimmt:

<u>Ja</u> -Stimmen	<u>27</u>
<u>Nein</u> -Stimmen	<u>1</u>
Enthaltungen	<u>1</u>

Nummer 18:

Der Rat beschließt einstimmig die Anhebung der Hundesteuer um 15 €/Hund und die Anhebung der Zweitwohnungssteuer um 5 Punkte sowie die Anhebung der Vergnügungssteuer (Mehreinnahmen rd. 5.000 €)

Über die Anhebung der Grundsteuern A und B sowie die Gewerbesteuer besteht keine einheitliche Meinung. Aus der Diskussion ergeben sich verschiedene Anträge, über die wie folgt abgestimmt wird:

Gewerbesteuer

SPD-Vorschlag: Anhebung in 20 %Punkt-Schritten (ab 2016 = 520 vH)

<u>Ja</u> -Stimmen	<u>8</u>
<u>Nein</u> -Stimmen	<u>21</u>
Enthaltungen	-

Verwaltungsvorschlag: Anhebung in 10 %Punkt-Schritten (bis 2016 = 480 vH)

<u>Ja</u> -Stimmen	<u>7</u>
<u>Nein</u> -Stimmen	<u>22</u>
Enthaltungen	-

Interfraktioneller Vorschlag: Anhebung ab 2013 auf 460 vH

<u>Ja</u> -Stimmen	<u>26</u>
<u>Nein</u> -Stimmen	<u>3</u>
Enthaltungen	-

Grundsteuer B

Verwaltungsvorschlag: Anhebung bis 2016 auf 925 vH

<u>Ja</u> -Stimmen	-
<u>Nein</u> -Stimmen	<u>29</u>
Enthaltungen	-

FDP-Vorschlag: Anhebung bis 2016 auf 600 vH

<u>Ja</u> -Stimmen	<u>8</u>
<u>Nein</u> -Stimmen	<u>21</u>
Enthaltungen	-

Interfraktioneller Vorschlag: Anhebung ab 2013 auf 500 vH

<u>Ja</u> -Stimmen	<u>25</u>
<u>Nein</u> -Stimmen	<u>2</u>
Enthaltungen	<u>2</u>

Grundsteuer AVerwaltungsvorschlag: Anhebung bis 2016 auf 600 vH

Ja-Stimmen 11
Nein-Stimmen 16
 Enthaltungen 2

Vorschlag der übrigen Fraktionen: Anhebung ab 2013 auf 400 vH

Ja-Stimmen 23
Nein-Stimmen 3
 Enthaltungen 3

Punkt 24:

Hierzu wird wie folgt abgestimmt:

Ja-Stimmen 20
Nein-Stimmen 8
 Enthaltungen 1

Punkt 25:

Hierzu wird wie folgt abgestimmt:

Ja-Stimmen 28
Nein-Stimmen 1
 Enthaltungen -

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: Ja 17 Nein 10 Enthaltungen 2 ,
Der Rat beschließt unter Einbeziehung der zu erwartenden Stärkungspaktmittel den in einzelnen Punkten abgeänderten Sanierungsplan.	

4	Anfragen	Drucksache Nr.
4.1	Anfrage der CDU-Fraktion zur Zusammenlegung von Schulen	Drucksache Nr. AN/080/12

Die schriftliche Antwort der Verwaltung auf die Anfrage wurde dem Rat als Tischvorlage vorgelegt und vorab per Email zugeschickt.

RM Coroly merkt an, dass die Fragen seiner Ansicht nach inhaltlich nicht beantwortet seien. Er verzichtet auf die Verlesung der Anfrage sowie deren Beantwortung, da das

Thema durch den Beschluss des Rates unter TOP 3 erledigt ist.

Weiter bringt er zum Ausdruck, dass er erwartet hätte, dass der Bürgermeister die Beantwortung seiner Anfrage anlässlich der Beratung in der Sache unter TOP 3 vorgenommen hätte.

5	10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42 "Brucher Talsperre" a) Ergebnis des Beteiligungsverfahrens gem. 13 Abs. 2 BauGB, b) Satzungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/064/12
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: eine Gegenstimme
a) Über die Stellungnahme, die während des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB vorgetragen wurde, wird wie in der beigefügten Aufstellung dargelegt abgewägt und beschlossen. b) Die 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42 „Brucher Talsperre“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 7 GO NW (GV NRW S. 666/SGV. NRW 2023) in den zur Zeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplanänderung ist eine Begründung beigefügt.	

6	77. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 87 "Kindergarten Landwehrstraße"; Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/046/12 /1
----------	---	---------------------------------------

Die Ratsmitglieder Wilfried und Ulrich Schneider sowie Rolf Kühr sind befangen und nehmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Verschiedene Nachfragen der Ratsmitglieder zu aktuellen Zahlen, dem tatsächlichen Bedarf und möglichen anderen Standorten werden diskutiert und von der Verwaltung beantwortet. Hierzu wird auch ein Schreiben des Oberbergischen Kreises vom 11.06.2012 verlesen, welches der Niederschrift als Anlage beigefügt wird.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: Ja 21 Nein 4 Enthaltungen 1 Befangen 3
Es wird beschlossen, für den Flächennutzungsplan ein 77. Änderungsverfahren durchzuführen. Parallel hierzu wird der Bebauungsplan Nr. 87 „Kindergarten Land-	

wehrstraße“ erstellt. Ziel der Bauleitplanungen ist die Errichtung eines Kindergartens sowie die Realisierung einiger weniger Wohnhäuser. Der Geltungsbereich der Bauleitplanungen geht aus der Anlagekarte hervor.

7	Bebauungsplan Nr. 88 "Am Wüllenberg"; Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/067/12
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es wird beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 88 „Am Wüllenberg“ aufzustellen. Der räumliche Geltungsbereich des Bauleitplanes geht aus der Anlagekarte hervor.	

8	Antrag auf Einbeziehung von Außenbereichsflächen in die Satzung zur Festlegung der Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortes Erlinghagen gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB	Drucksache Nr. BV/052/12 /2
----------	---	---

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: Ja 27 Nein 2,
Es wird beschlossen, den Anträgen auf Einbeziehung von Außenbereichsflächen in die Satzung zur Festlegung der Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortes Erlinghagen gem. § 34 Abs. 4 Nrn. 1 und 3 BauGB mit Ausnahme der am Südrand gelegenen Fläche nicht zu folgen. Für diese Fläche soll eine Einbeziehungssatzung erstellt werden, die gewährleistet, dass lediglich ein zusätzliches Gebäude entstehen kann und somit die Bebauung der dortigen Gemeindestraße auf beiden Seiten in gleicher Höhe endet.	

9	Ausgeführte Ratsbeschlüsse seit der letzten Ratssitzung am 08.05.2012	Drucksache Nr. IV/077/12
----------	--	------------------------------------

Der Rat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis

10	Mitteilungen und Verschiedenes	Drucksache Nr.
-----------	---------------------------------------	----------------

Haushaltssituation

Der Rat nimmt den Bericht zur aktuellen Haushaltssituation zur Kenntnis.

Zugang zur Gesamtschule

RM Wottrich merkt an, dass das Areal der Gesamtschule derzeit eingezäunt wird. Außerhalb der Schließzeiten ist es problematisch für den Musikzug der Feuerwehr und den Sportverein, den Probenraum und den Schießstand zu erreichen.

Er bittet um Klärung von folgenden Punkten:

Wer befindet über die Schließzeiten?

Wie wird sichergestellt, dass die genannten Vereine uneingeschränkter Zugang haben?

Warum wurde das geänderte Verfahren nicht im Vorfeld mit den Vereinen abgestimmt?

Verwaltungsseitig wird angemerkt, dass die Einzäunung des Areals wegen der wiederholten mutwilligen Zerstörungen erforderlich war. Das Verfahren bezüglich der Schlüsselgewalt für die Vereine soll mit dem Gebäudemanagement abgesprochen werden.

Ballfanganlage Rasenplatz Richtung Scharder Straße

RM Meckel fragt an, ob die zugesagte Nachbesserung erledigt ist.

Vorsitzende/r:

gez.

Uwe Töpfer
Bürgermeister

Schriftführer/in:

gez.

Marianne Nick